

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Bern, 21.12.2018 / MR
VL Stellenmeldepflicht

Elektronischer Versand: tcql-ga@seco.admin.ch

Änderung des Bundesgesetzes über die Beiträge an die Kosten der Stellenmeldepflicht (BKSG) Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen stimmt der Änderung des BKSG grundsätzlich zu. Es ist richtig, dass mit der vorgeschlagenen Neuregelung dem Anliegen der Kantone nach einer finanziellen Beteiligung des Bundes an den Kontrollkosten der Einhaltung der Stellenmeldepflicht nachgekommen wird. Diese Massnahme wurde auch aus den Reihen der FDP gefordert ([18.3407](#)). Nichtsdestotrotz möchten wir im Folgenden auf zwei Punkte hinweisen.

Kantonsautonomie muss gewährleistet sein

Grundsätzlich sind die Kantone für den Vollzug von Bundesrecht zuständig und stimmen sich mit dem Bund ab. Diese verfassungsmässige Kantonsautonomie nach Art. 46 BV muss eingehalten werden.

Effiziente Ausgestaltung der Kontrollen in den Kantonen

Wir befürworten im Grundsatz, dass die Beiträge des Bundes als Pauschale pro Kontrolle ausgestaltet werden. Die Pauschalbeiträge sind so zu setzen, dass Anreize für einen effizienten Vollzug geschaffen werden. Gemäss erläuterndem Bericht soll sich die pauschale Bundessubvention an den Normkosten eines effizienten Verfahrens orientieren. Das ist zu unterstützen. Jedoch bleibt unklar, wann ein Verfahren effizient ist und welcher Wert als Norm definiert werden soll. Es gibt beispielsweise grosse Differenzen zwischen den Kontrollarten: Während Kontrollen, gestützt auf Datenauswertungen, relativ kostengünstig umgesetzt werden können, sind Kontrollen vor Ort relativ teuer. Bei der Festlegung der Pauschalbeiträge muss diesen Gegebenheiten unbedingt Rechnung getragen werden, um zu hohe Kosten und unnötige Bürokratie zu vermeiden.

Berücksichtigung der Wirtschaftsregionen

Bei dieser Gelegenheit möchten wir den Bundesrat daran erinnern, dass bei den Schwellenwerten neben Berufsgruppen und Tätigkeitsbereichen zwingend auch die Wirtschaftsregionen berücksichtigt werden müssen. Dies entspricht dem Willen des Gesetzgebers und der FDP (siehe [Vernehmlassungsantwort](#) vom 5. September 2017). Damit wird anstelle einer flächendeckenden Stellenmeldepflicht eine gezielte Stellenmeldepflicht geschaffen. Mit der entsprechenden Verordnungsanpassung könnte der Kontroll- und Kostenaufwand der Kantone deutlich gesenkt werden, ohne die Wirksamkeit der Stellenmeldepflicht zu verwässern.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gössi in black ink.

Petra Gössi
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz